

NACHHALTIGKEITSPOLITIKEN IN DER EU – ALLES NUR HEIßE LUFT?

HINTERGRUND UND HISTORIE DER SDGS

Die Nachhaltigkeitspolitik begann 1992 mit der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCED, auch Earth Summit genannt) in Rio de Janeiro. Erstmals wurde das Problem des Klimawandels benannt und die Staatengemeinschaft zum Handeln verpflichtet. Es entstand die [Agenda21](#), die Leitlinien für eine lokale Umsetzung vorgab. Sechs Jahre später, 1998, verabschiedete die UN Generalversammlung die [Millenniumserklärung](#). Sie formulierte die [Millenniumsentwicklungsziele](#) (**Millennium Development Goals, MDG**) mit einem konkreten Zeitrahmen bis 2015. Die MDGs waren seither einer der Hauptbestandteile der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Auf dem [Rio+20-Gipfel](#) im Jahre 2012 haben hunderte Staats- und Regierungschefs und Vertreter*innen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft Bilanz gezogen und über das weitere Verfahren hin zu einer nachhaltigen Entwicklung diskutiert. Wichtiges Ergebnis des Rio+20-Gipfels war die **Entscheidung, die Ziele der nachhaltigen Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs) zu formulieren** und zu verhandeln. Auf der [68. Sitzung der UN-Generalversammlung](#) 2013 wurde schließlich beschlossen, die Weiterentwicklung der MDGs über 2015 hinaus und die Verhandlungen der SDGs zusammenzuführen.

Schließlich hat die UN Generalversammlung im September 2015 die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#) in New York verabschiedet. Darunter fallen auch die **17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) und deren 169 Unterziele**. Das Erreichen der Ziele von allen Staaten und auf allen Ebenen (national, regional und international) bis 2030 soll anhand von 232 Indikatoren gemessen werden. Die SDGs formulieren Maßnahmen und Ziele zu Themen wie Armut, Geschlechtergerechtigkeit, Industrialisierung und Umweltschutz. Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Umwelt, Soziales und Wirtschaft – werden gleichermaßen berücksichtigt. Neuheitswert hat die Formulierung „**Leave no one behind**“, die bedeutet, dass in allen Ländern für alle Menschen alle Ziele erreicht werden sollen.



Die 17 Nachhaltigkeitsziele

Quelle: globalgoals.org

NACHHALTIGKEITSPOLITIKEN IN DER EU

EU-Nachhaltigkeitsstrategie

Der erste Grundstein für eine europäische Nachhaltigkeitspolitik wurde im März 2001 mit dem Beschluss der Europäischen Nachhaltigkeitsstrategie (European Sustainability Strategy - SDS) gesetzt. Diese hatte sehr schnell mit dem Vorwurf zu kämpfen, **zu schwache und zu vage Ziele** zu formulieren. Deshalb folgte im Jahr 2006 eine [überarbeitete Strategie](#). Sie sollte zu einer mög-



lichst hohen Lebensqualität für die Bürger*innen Europas beitragen, indem sich qualitatives Wirtschaftswachstum, soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz gegenseitig ergänzen und sich wechselseitig verstärken.

Europa 2020

Seitdem ist allerdings bei der Nachhaltigkeitsstrategie nicht mehr viel passiert. Das Dokument ist insbesondere durch die Verabschiedung der SDGs 2015 veraltet. Grund dafür ist unter anderem die Einführung der [Europa 2020-Strategie](#) 2010, die nach der Finanzkrise für die EU wegweisend für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum sein sollte. Fortan hat die EU-Kommission **Europa 2020 als den wirksameren Rahmen** zur Erreichung der drei Dimensionen der Nachhaltigkeit angesehen und eine eigenständige europäische Nachhaltigkeitsstrategie faktisch aufgegeben. Deswegen haben der [Umweltrat](#) der EU und der [deutsche Bundestag](#) im Jahr 2012 nach dem Rio+20-Gipfel eine **Revision der Nachhaltigkeitsstrategie** bis spätestens 2014 gefordert. Europa 2020 ist eine Strategie, die an Konzepte des grünen Wachstums und der ökologischen Modernisierung anknüpft. Daher kann sie nicht dieselben Ziele haben wie die EU-Nachhaltigkeitsstrategie, deren Nachhaltigkeitsverständnis die ökologischen Grenzen und damit grundlegende Veränderungen der Industrienationen thematisiert. In der NGO-Szene wird die Forderung nach einer Revision nicht von allen geteilt. Denn die EU-Nachhaltigkeitsstrategie war bisher ohne Relevanz. Stattdessen fordern sie eine eigene SDG-Umsetzungsstrategie.

Die Kommission ist auf die Revisionsforderungen bisher nicht eingegangen. Stattdessen wurde Anfang 2014 der Fokus auf das [7. Umweltaktionsprogramm](#) gelegt, das prioritäre Ziele für 2020 und eine Vision für 2050 setzt. Dazu zählen viele Nachhaltigkeitsaspekte wie beispielsweise das Aufhalten des Biodiversitätsrückgangs oder eine umweltschonende CO₂-arme Wirtschaft. So ist die Nachhaltigkeitsstrategie immer weiter in Vergessenheit geraten, während die Bedeutung von Europa 2020 weiter stieg. Auch die **neue EU-Kommission** unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, die im November 2014 ihre Arbeit aufnahm, trug ihren Teil dazu bei. Die [10 Prioritäten](#) Junckers zeigen eine klare wirtschaftsstärkende und deregulierende Ausrichtung der EU. Durch die Agenda2030 hat jedoch die Diskussion um die Umsetzung einer EU-Nachhaltigkeitsstrategie wieder neue Fahrt aufgenommen.

UMSETZUNG DER SDGS IN DER EU

Arbeitsprogramm der Kommission

Wie reagierte nun die EU-Kommission auf die Veröffentlichung der SDGs? Sie beauftragte Karl Falkenberg, der vorherige Generaldirektor der Generaldirektion Umwelt, in einem Bericht sektorale Herausforderungen im Bereich Nachhaltigkeit herauszustellen. Auch schrieb sie die interne und externe Umsetzung der SDGs in ihrem [Arbeitsprogramm für 2016](#) fest.

Falkenberg-Bericht

Das Falkenberg-Papier ‚[Sustainability Now! A European Vision for Sustainability](#)‘ wurden im Juli 2016 veröffentlicht. Kurz davor [im Juni](#) kritisierte eine neu gegründete zivilgesellschaftliche Allianz aus 78 Organisationen, genannt [SDG Watch Europe](#), die schwachen Ambitionen der Kommission. SDG Watch Europe schrieb sich eine rasche Umsetzung und Kontrolle der Agenda2030 in der EU auf die Fahnen. Die NGOs forderten einen allumfassenden Ansatz, der die Verbindungen und Abhängigkeiten der Außen- und Innenpolitik der EU gleichermaßen integriert.

Teile dieser zivilgesellschaftlichen Kritik finden sich im Falkenberg-Bericht wieder. Sein Credo: Das **Mitdenken von nachhaltiger Entwicklung in allen Politikbereichen** in einem gemeinsamen EU-Umsetzungsplan mit neuen Transparenz- und Partizipationsansätzen. Laut dem Europäischen Umweltbüro (EEB) sagt Falkenberg damit nicht etwas Neues und umschiffet das Problem der fehlenden Umsetzung von zum Beispiel besserer Umweltgesetzgebung wie eine Reform der Agrarpolitik oder die Schaffung einer Kreislaufwirtschaft. Zudem deckt das EEB einen großen Widerspruch des Berichts auf: Falkenberg führt zum einen bestehende Ungleichheiten und Umweltprobleme auf das exzessive Wirtschaftswachstum zurück, hält aber auf der anderen Seite das Schaffen von Jobs und Wachstum für die Lösung dieser. Somit kommen **alternative Modelle von Entwicklung, Wirtschaft und Finanzsystemen in dem Bericht zu kurz**.



SDGs und Außenpolitik

Die Umsetzung der SDGs in der EU-Außenpolitik schritt währenddessen erfolgreicher voran. Hierzu wurde im Juni 2016 die „[Global Strategy for the European Union’s Foreign And Security Policy](#)“ (Globale Strategie zur Außen- und Sicherheitspolitik der EU) von der hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, vorgestellt. Der zweite wichtige Fortschritt lag 2016 in der Überarbeitung des [europäischen Konsenses über Entwicklungspolitik](#), der seit 2005 die Schlüsselprinzipien für die EU-Entwicklungspolitik ebenso wie für ihre Mitgliedstaaten festlegt. Im Juni 2017 wurden die drei [Schwerpunkte](#) des neuen Konsenses vorgestellt:

- **Armutsbekämpfung** hat gemeinsam mit der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung oberste Priorität.
- Die EU und die Mitgliedstaaten geben weiterhin **0,7 Prozent** des Bruttoinlandprodukts für Entwicklung aus.
- Dem EU-Parlament wird eine verstärkte **Kontrolle von Finanzinstrumenten** zur Ursachenbekämpfung von Migration eingeräumt. Dies soll die demokratische Dimension stärken.

Im Jahr 2024 will die EU einen Zwischenbericht vorlegen. SDG Watch Europe lobt den Schwerpunkt der Armutsbekämpfung, kritisiert aber folgende Punkte mit Umweltrelevanz:

- Wie zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Realisierung der SDGs unterstützt werden sollen, wird nicht deutlich. Dem privaten Sektor kommt hingegen eine wichtige Rolle zu. SDG Watch Europe fordert mehr Handlungsfreiheit für zivilgesellschaftliche Organisationen.
- „Business as usual“ kann nicht der Ansatz der EU-Kommission bleiben. Statt Wirtschaftswachstum sollten mehr Kreislaufwirtschaft, das Schützen der Belastungsgrenzen unseres Planeten und Investitionen in saubere Energie neue Werichtungen sein.

Strategie der EU-Kommission

Schließlich veröffentlichte die Kommission am 22. November 2016 in drei Mitteilungen ihre Strategie zur Umsetzung der Agenda 2030: „[Next steps for a sustainable European future](#)“. Sie setzt zwei zeitliche Arbeitsschwerpunkte: 1. Integration der SDGs in die aktuellen EU-Politiken und Kommissionsprioritäten. 2. Langzeitumsetzung der SDGs nach 2020.

Wieder hagelte es Kritik – nicht nur von der Zivilgesellschaft ([SDG Watch Europe](#) und [CONCORD](#)), sondern nach und nach auch vom [Umweltausschuss](#) des Europäischen Parlaments (27. Juni 2017) sowie vom [Ministerrat](#) (20. Juni 2017). Bei dem größten Mangel sind sich alle einig: Die EU-Strategie ist nicht konkret genug, um eine konsequente Umsetzung der Agenda2030 zu garantieren. Die EU wird seiner Vorreiterrolle nicht gerecht. Hier ein Vergleich der wichtigsten **Kritikpunkte und Forderungen** der drei Positionen:

Empfehlungen SDG Watch Europe	Schlussfolgerungen des Rates	Resolution EU-Parlament
Vision und Umsetzung		
- Entwicklung einer umfassenden EU-Nachhaltigkeitsstrategie mit einem konkreten Umsetzungsplan zu allen Zielen und Unterzielen bis 2030	- Erarbeitung einer Umsetzungsstrategie bis Mitte 2018 in der Zeitplanung, Ziele bis 2030 und konkrete Maßnahmen zur Berücksichtigung der A2030 in allen internen und externen EU-Politikbereichen dargelegt werden. - Defizite in Politikbereichen analysieren	- nachhaltige Entwicklungsziele sollten Kern des Weißbuches der Kommission zur Zukunft Europas sein - Kompatibilität aller Gesetzgebungen mit den SDGs überprüfen
Politikkohärenz		
- Berücksichtigung der vier Dimensionen nachhaltiger Entwicklung (sozial, ökonomisch, ökologisch, Governance) - Folgeabschätzungen bei Abweichungen von versch. betroffenen	- Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen (sozial, ökonomisch, ökologisch) - transparent Prozess aufzeigen, wie SDGs in Post2020-Politiken berücksichtigt werden	- Berücksichtigung der drei Nachhaltigkeitsdimensionen (sozial, ökonomisch, ökologisch) - Wissenschafts-, Technologie- und Innovationspolitik sollen an SDGs angepasst werden



Politikbereichen - besserer Zugang zu Gerichten von Opfern von Menschenrechtsverletzungen durch EU-Unternehmen	- privater Sektor soll selbstständig Leitlinien zu nachhaltigem Handel (OECD + UN) annehmen	
Einbeziehung von Interessensgruppen		
- Ausgleich des Demokratiedefizits der EU-Institutionen durch Einbeziehung von diversen zivilgesellschaftlichen Gruppen durch entsprechende Plattform, die <i>Mandat zur Kontrolle der Umsetzung</i> in EU-Gremien erhält - Unterstützung von öffentlichkeitswirksamen Aufklärungskampagnen	- enge Zusammenarbeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit sämtlichen Partnern notwendig (Zivilgesell., Privatsektor, Wissenschaft) - Interessensplattform darf <i>nur Empfehlungen</i> zur SDG-Umsetzung aussprechen - öffentliche Wahrnehmung stärken	- Plattform als <i>Vorbildsmodell</i> der A2030 - Aufmerksamkeit für Folgen von Konsumniveaus schaffen
Kontrolle und Rechenschaftspflicht		
- robuste Kontrollen und Rechenschaftspflichten auf EU- und Mitgliedstaatsebene auf der Basis von qualitativen, zugänglichen, zeitnahen und zuverlässigen Daten	- wie SDG Watch Europe - erster Bericht des EU-Parlaments auf dem High-Political-Forum in 2019	/
Finanzierung		
- nächster mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) <i>fördert</i> nachhaltige Entwicklungsziele im gesamten EU-Budget für alle vier Nachhaltigkeitsdimensionen gleichermaßen - <i>Suche nach weiteren Quellen von öffentlicher Finanzierung</i> wie Umwelt- und Kohleabgaben sowie Kampf gegen Steueroasen, um notwendige Ressourcen zu mobilisieren - Mechanismen entwickeln, um Privatsektor für seine Rolle im Ressourcenverbrauch und Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen	- untersuchen inwiefern Instrumente des MFR Umsetzung der A2030 <i>unterstützen</i> können - <i>Kombination von Ressourcen</i> (finanzielle, nicht-finanzielle, nationale, internationale, öffentliche, private) notwendig - Investitionen in nachhaltige Entwicklung müssen in Einklang stehen mit nachhaltiger, inklusiver Wirtschaft	- MFR soll EU-Budget zugunsten der A2030-Umsetzung <i>umverteilen</i> , Mainstreaming von nachhaltiger Entwicklung in allen Finanzierungsmechanismen - Dekarbonisierung der Wirtschaft sollte in allen Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden

Ein weiterer Dreh- und Angelpunkt in der Diskussion um die Umsetzung der Agenda2030 ist die **Messbarkeit der Indikatoren** der SDGs. Auf UN-Ebene hat die Statistikkommission auf ihrer 48. Sitzung im März 2017 eine Liste von [232 Indikatoren](#) festgelegt. In der [Datenbank](#) werden für den jährlichen Fortschrittsbericht des UN-Generalsekretärs global Daten gesammelt, die nach Land oder SDG-Ziel geordnet werden können. In vielen Ländern fehlen jedoch die notwendigen Daten und Zeitreihen. Die Statistik muss erst noch aufgebaut werden und das dauert.

Deshalb hat das Sustainable Development Solutions Network (SDSN), ein internationales Netzwerk von führenden Wissensorganisationen, in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung im Juli 2017 einen [SDG Index](#) entworfen, der sich aus leicht zugänglichen Daten speist. Der Rat für nachhaltige Entwicklung sieht diesen Index als zu vereinfacht an. In seiner [Stellungnahme](#) kritisiert er, dass der Index die Industrieländer als Modell nachhaltiger Entwicklung ansieht und wichtigen Handlungsbedarf dieser Länder in Bereichen wie ökologischer Fußabdruck, soziale Ungleichheit oder relatives Armutrisiko nicht aufzeigt. Deutschland ist beispielsweise auf Platz sechs gelistet – zivilgesellschaftliche Verbände würden eine andere Bewertung erteilen (siehe letzter Absatz).

Das Statistische Amt der Europäischen Union (Eurostat) hat in Zusammenarbeit mit der Kommission, den Mitgliedstaaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen an einer Übersetzung der globalen Indikatoren auf EU-Ebene gearbeitet und am 31. Mai 2017 ein [Set von 100 Indikatoren](#) herausgegeben. So wurden **pro Ziel ungefähr sechs Indikatoren** entwickelt. Die Kriterienauswahl fußte auf vier Grundsätze für alle Mitgliedstaaten: 1) Vergleichbarkeit der Daten, 2) quantitative Messbarkeit der Daten, 3) regelmäßige Berichte, 4) robuste Methodologie der Indikatoren. Ein

erster Monitoringbericht von Eurostat soll im November 2017 erscheinen, der letzte erschien [2015](#). Bis 2017 wird Eurostat nicht weiter an dem Indikatorenset arbeiten.

High-Level Political Forum

Das UN-Gremium für die Berichterstattung der Länder über ihre Fortschritte bei den SDGs ist das jährlich stattfindende High Political Level Forum. Obwohl der Zivilgesellschaft bei der Veranstaltung eine eingeschränkte Teilhabe zukommt, versucht sie mithilfe von zum Beispiel Schattenberichten und Nebenveranstaltungen Kritik zu üben. Fast 2.500 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft zog es deshalb dieses Jahr nach New York. 43 Länder erstatteten Bericht. Allerdings sind dies **freiwillige Berichte**, die keiner klaren Struktur folgen müssen. Deshalb bewerben die vortragenden Länder vor allem ihre Erfolge. Deutschland wird 2021 zum zweiten Mal berichten.

Weißbuch-Prozess

Parallel zur Diskussion um die Nachhaltigkeitsstrategie lief die Auseinandersetzung mit dem [Weißbuch zur Zukunft Europas](#), das die Kommission am 2. März 2017 herausgab. In fünf verschiedenen Szenarien führt die Kommission aus, bis wohin sich die EU bis 2025 entwickeln könnte. Nachhaltigkeit und Klimaschutz spielen in dem Weißbuch in allen Szenarien höchstens eine marginale Rolle.

Daraufhin veröffentlichte ein Bündnis aus 250 Nichtregierungsorganisationen, angestoßen durch SDG Watch Europe und Friends of the Earth Europe (FoEE), im Juni ein [sechstes Szenario zur Zukunft Europas](#), das die **Dimension der Nachhaltigkeit ergänzt**. Sie fordern insbesondere, dass sich die EU stärker auf die Werte Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Menschenrechtsschutz besinnen solle. Auch hier wird erwähnt, dass sowohl die Agenda 2030 als auch das Pariser Klimaschutzabkommen konsequent umgesetzt werden sollen.

Die Ansprache von Kommissionspräsident Junckers [zur Lage der Union](#) am 13. September 2017 gilt als wichtiger Beitrag für die Debatte um die Zukunft der EU. Erneut bestätigte Juncker, dass die Themen Nachhaltigkeit und Entwicklung bei ihm nicht oberste Priorität genießen. Die **Agenda2030 fand keine Erwähnung** in seiner Ansprache. Umwelt- und Entwicklungsverbände zeigten sich enttäuscht und befürchten, dass die Kommission weitermachen wird mit ihrer „Agenda der besseren Rechtsetzung“ – zulasten der Umwelt. Als nächster bedeutender Schritt wird das Gipfeltreffen des **Europäischen Rates im Dezember** betrachtet, auf dem die Staats- und Regierungschefs der EU-27 voraussichtlich ihr Zukunftsszenario darlegen.

Bis zum Ende der Amtszeit dieser EU-Kommission müssen die Erwartungen bezüglich Nachhaltigkeit wohl zurückgeschraubt werden.

Zeitstrahl



UMSETZUNG DER SDGS IN DEUTSCHLAND

Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie

Im Januar 2017 erschien eine [Neuaufgabe der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie](#). Sie ist die umfassendste Weiterentwicklung der Strategie seit ihrer Entstehung 2002. Alle drei Säulen der Nachhaltigkeit werden berücksichtigt. In der Strategie werden Maßnahmen zur Umsetzung der SDGs auf drei Ebenen formuliert: 1) Maßnahmen mit Wirkung in Deutschland, 2) Maßnahmen durch Deutschland mit weltweiten Wirkungen, 3) Maßnahmen zusammen mit anderen Ländern. Für die praktische Umsetzung folgen **12 Managementregeln**, die Anforderungen an bestimmte

Politikbereiche beinhalten. So sollen zum Beispiel der Energie- und Ressourcenverbrauch sowie die Verkehrsleistung vom Wirtschaftswachstum entkoppelt werden. Zur Messbarkeit der Fortschritte bei den einzelnen Nachhaltigkeitszielen weist die Strategie **63 Schlüsselindikatoren** auf. Das Statistische Bundesamt veröffentlicht alle zwei Jahre einen Bericht zu den Indikatoren, alle vier Jahre wird die Strategie evaluiert. In der [Analyse von 2016](#) verzeichnet das Bundesamt 27 Indikatoren mit eher positivem Trend sowie 29 Indikatoren, bei denen die Entwicklung in die falsche Richtung geht.

Bewertung aus Umweltsicht

Gemessen daran, dass die Bundesregierung bisher auf dem internationalen Parkett stets als Vorreiter angesehen wird, gibt es noch einige große Baustellen. Elf zivilgesellschaftliche Verbände und Netzwerke unter anderem das Forum Umwelt und Entwicklung, das Forum Menschenrechte, der Verband Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe (VENRO) und der DNR haben im September 2017 bereits im zweiten Jahr einen [Schattenbericht über die tatsächliche Umsetzung der SDGs](#) angefertigt, der die 17 Ziele unter die Lupe nimmt. Drei große Schlussfolgerungen bestimmen den Bericht:

- Der Weg für Deutschland hin zu einer nachhaltigen Lebensweise ist noch sehr lang. In Deutschland erfahren Menschen in allen drei Nachhaltigkeitsbereichen Defizite. Dies betrifft vor allem **soziale Ungerechtigkeit und Armut, Energiepolitik und Infrastruktur sowie Luftverschmutzung und Status der Ökosysteme**. Der zunehmende Rechtspopulismus gefährdet zudem Frieden und Partnerschaft.
- Deutschland hat einen **zu großen Fußabdruck**. Die Art und Weise wie in Deutschland gelebt, konsumiert und produziert wird, hat Auswirkungen auf den globalen Süden.
- Deutschlands Handeln insbesondere in der internationalen **Entwicklungs-, Handels- und Umweltpolitik** erfüllt die Nachhaltigkeitsansprüche nicht.

Es wird deutlich, dass es noch einiges zu tun gibt für Deutschland. Der Schattenbericht nimmt sich nur einige Politikbereiche heraus. Bei Umweltfragen kritisieren die Autor*innen vor allem die Steuerpolitik, Klimagerechtigkeit, Pkw-Emissionen sowie Agrarpolitik. Auch in den Bereichen nachhaltiger Konsum, Tiefseebergbau und Tourismus werden Verbesserungsforderungen gestellt. Deutschland ist beispielsweise nach der Meinung des Autors Stefan Tuschen von Misereor zu langsam in der Umsetzung seiner Klimaschutzziele, obwohl es zu den Hauptverursachern des Klimawandels zählt. Dies hat globale Auswirkungen, insbesondere für viele Menschen im globalen Süden. Daher fordert der Autor, dass Deutschland energischer an seinen Klimazielen arbeiten, seine Treibhausgase endlich reduzieren und Subventionen fossiler Energieträger abbauen muss. Ein weiterer Kritikpunkt ist das für unzureichend angesehene Nationale Programm für nachhaltigen Konsum der Bundesregierung. Kathrin Krause von der Verbraucherzentrale vermisst die Thematisierung der Suffizienz. Sie fordert: „Die Bundesregierung muss politische Rahmenbedingungen schaffen und die wichtigsten Akteure auf dem Markt – Hersteller und Handel – in die Verantwortung nehmen. Staatliche Mindestkriterien für eine sozial- und ökologisch verantwortliche Produktion sind notwendig, damit sich Verbraucher wie auch Produzenten am Markt orientieren können.“ Weiteres ist im Schattenbericht nachzulesen.